

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werttätige Volk**

Verkaufs: Carl, Steintisch, Dresden,
Kauf der Arbeiter, Anzeiglein
und Anzeigen, R.-O., Dresden,
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt der Ausgaben vom 1. März bis 1. April 1931 ist durch eine Abrechnung des Verlags auf Verlangen der Abonnenten auszusenden.

Die Redaktion des Dresdner Volksblattes hat sich entschlossen, die Abrechnung des Verlags auf Verlangen der Abonnenten auszusenden.

Schriftleitung: Wertheimstr. 10, 2. Stockwerk, Dresden.
Verlagsleitung: Wertheimstr. 10, 2. Stockwerk, Dresden.

Abonnementpreise: Ein Jahr 1,50 Mk., sechs Monate 0,80 Mk., drei Monate 0,40 Mk. (einschl. Post- und Druckergebühren).

Dresden, Mittwoch, den 11. März 1931

42. Jahrgang

Arbeitszeit herunter!

Der Spruch der Gewerkschaften für Vierzigstundentwoche

D. Berlin, 10. März. (Ein. Verid.)

Die Gewerkschaften des V.D.G. haben am 10. März die Berliner Gewerkschaften eingehend zur Arbeitszeit- und Lohnfrage Stellung genommen. In zwei einstimmig angenommenen Beschlüssen wird die Forderung der vierzigstündigen Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Die Gewerkschaften erheben erneut die Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit als einzigem wirksamen Mittel, um dem Fortschreiten der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und die vorhandenen Arbeitslosen allmählich zu beschäftigen. Er verpflichtet die Arbeitgeber und ihre Mitglieder, mit größter Nachsicht für die Verwirklichung dieser Forderung einzustehen.

Die Gewerkschaften erinnern daran, daß sie bereits im Jahre 1929 die Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 Stunden mit einem allgemeinen Zwang zur Verkürzung der Arbeitszeit im Ausmaß der Arbeitszeit erreicht hat. Diese Forderung hat zwar in der Zwischenzeit keine Beachtung gefunden und ist auch in einer Reihe von Betrieben durch Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern praktisch durchgesetzt worden, aber hat bisher nicht zu einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit führen können.

Die Gewerkschaften wiederholen auf die wirtschaftliche Not der Millionen Arbeitslosen und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur beschränkt, sondern eine dauernde Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich, um die Arbeitslosigkeit bei besserer Konjunktur auf alle vorhandenen Stellen zu verteilen.

Die Gewerkschaften erheben die Forderung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit als ein Mittel zur Schlichtung der Wirtschaftlichen Krisen gefordert und durchgeführt werden, die sogar eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Zukunft festgelegt haben.

Um so eindringlicher muß die Forderung an die Reichsregierung und an den Reichstag wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitzgesetz zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit entsprechend die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

Schluß mit der Lohnsenkung!

Die Entscheidung zur Lohnfrage hat folgenden Wortlaut:

Trotz allen Warnungen und Protesten der Gewerkschaften ist dem Drängen der Unternehmer entsprechend mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswanges die Lohnsenkung in ungezählten Fällen durchgeführt worden mit allen schlimmen Folgen, die von den Gewerkschaften immer vorausgesagt wurden. Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftvernichtung erheblich weiter gestiegen. Die Unsicherheit der Existenz der Massen und die ungeheure Not der Arbeitslosen sind bedrohliche Gefahren für die Wirtschaft, für Staat und Gesellschaft geworden.

Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter sowie die Summen aus der Erwerbslosen-, Kranken- und Wohlfahrtsunterstützung stehen unmittelbar und reflexhaft in dem Konsum zurück und bilden durch ihren Umlauf einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens, namentlich aber die Grundlage der Existenz vieler Kreise der Handel- und Gewerbetreibenden.

Der Bundesausschuss erhebt deshalb erneut seine warnende Stimme und fordert sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Trend auf die Löhne sofort einzustellen und statt dessen sofort den Arbeiterschaft gegenüber dem rückständigen Unternehmerstand dem Schutz zu gewähren, den andere weniger gefährdete Volksschichten für sich in Anspruch nehmen.

Die Arbeitslosigkeit steigt noch

Nur scheinbar Rückgang, weil täglich 10 000 angestellt werden!

Bericht der Reichsanstalt über den Stand der Arbeitslosigkeit am 28. Februar ergibt, daß die verfügbare Arbeitskraft im Vergleich zu Ende Januar um rund 190 000 weniger als am 1. Januar 1931 zurückgegangen ist. Der Rückgang entfällt zu annähernd gleichermaßen auf die Saisonarbeitskräfte und auf die übrigen Arbeiter. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden im Februar rund 2 589 000 aus dem Mittel der Arbeitslosenversicherung und rund 908 000 aus denen der Arbeitslosenversicherung. Die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stande beträgt sich auf annähernd 130 000, die Mehrzahl in der Arbeitslosenversicherung auf rund 460 000 Unterstützungsempfänger. Von den unterstützungsmäßigen Unternehmenseinrichtungen wurden Ende Februar rund 3/4 Millionen Arbeitslose

stellungen zu verzeichnen. — Die Arbeitslosigkeit unter den Angestellten nahm weiter zu.

Was Lehren die neuen Arbeitslosenziffern? Sie geben zu Optimismus keinen Anlaß. Der kleine Rückgang der Arbeitslosenziffern gestattet noch nicht den Schluss, daß der Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit überschritten ist. Man darf nicht übersehen, daß sich die Ziffern auf die zweite Februarhälfte beziehen, im März aber die Witterung für Außenarbeiten sich von neuem verschlechtert hat. Mit einer saisonalen Entlastung des Arbeitsmarktes ist also im Augenblick noch nicht zu rechnen. Ganz falsch wäre es, wenn man aus dem Rückgang der Ziffern der Arbeitslosenversicherung auf einen Rückgang der Arbeitslosigkeit schließen wollte; denn Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenziffern zusammen zeigen nur eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Diese Zunahme ist enorm. Pro Tag 10 000 Aussteuerungen in der Arbeitslosenversicherung! Also Steigerung der Zahl der Unterstützten der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosen.

Man darf nicht die Reichsregierung erblich verantwortlich sein, für die von den Gewerkschaften geforderte Neugestaltung der Arbeitslosenziffern durch Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung einen Schritt zu unternehmen. Die Arbeitslosenziffern sind doch schließlich dazu da, daß man aus ihnen etwas lernt. Zum Vergnügen des deutschen Volkes werden sie nicht veröffentlicht. Mit dem Hinweis auf den Finanzausgleich kann man die Lösung der brennenden Frage des Umbaus der Arbeitslosenziffern nicht vertagen. Oder will der Arbeitsminister erst das Ergebnis der Beratung des Arbeitslosenausschusses abwarten? Wenn er das will, dann muß sich der Ausschuss etwas beeilen. Die Reform der Arbeitslosenziffern kann doch nicht bis Pfingsten verschoben werden.

Bolschewismus

Über den letzten Moskauer Scherenschnitt und die bolschewistische Außenpolitik wird uns geschrieben:

Der Prozeß gegen die 14 „Reichswirk“ von denen 13 gar keine Bolschewisten (Sozialdemokraten) waren, ist vorüber. Die bolschewistischen Machthaber dürften froh sein, daß der Kummer vorbei ist.

Im Geleit zum Stalin-Prozeß hat man diesmal keine Todesurteile gefällt; denn auf Todesurteile, die nach den Prozeßmodellen gefällt werden, wie wir sie jetzt wieder in Moskau erlebt haben, folgt die Pagnadigung wegen befandeter „Reue“. So etwas hält die Welt ein paar Tage länger in Atem, das Zentralkomitee der Sowjets muß besonders zu diesem Prozeß zusammenkommen, „beraten“ und verurteilen. Zuerst hatten die Herren im Kreml diesmal kein Interesse; nur schnell herunter mit dem Vorhange! Todesurteile werden nur vollstreckt an Angeklagten, die sich zu solchen Schandtaten nicht hergeben, die ihre „Schuld“ nicht so begeistert in die Welt hinausstreuen. So im Stalin-Prozeß. So auch in unzähligen Fällen, wo Unschuldige ohne Prozeß in den Kellern der Tscheka abgeschlachtet wurden.

Unbekannt war die Sowjetregierung mit der innerpolitischen Wirkung des Moskauer-Prozesses im Herbst vorigen Jahres zufrieden: die politische und geistig zurückgebliebenen Arbeiter und Bauern der Sowjetunion glaubten wirklich, daß nur die „Saboteure“ durch ein paar Gelehrte und Spezialisten im Exil Englands und Frankreichs die Schuld an russischen Elend trage. Durch die jähelhaften Geständnisse der Moskauer und Genossen war Stalin als gerecht fertigt. Nun galt es, weiter vorzutreten und einen neuen Prozeß zu veranstalten um die „Reichswirk“ und sie mit dem Sozialistische Internationale, als Saboteure und Interventionisten zu „entlarven“. Diesmal hat sich aber der Staatsanwalt Krylenko übernommen; vom ersten Tage an war dieser ganze Prozeß dem Fluß der Lächerlichkeit ausgeliefert. Die Anklage stand und fiel mit dem Nachweis der arbeitslosen Masse von Rafael Abramowitsch nach Moskau. Während die Angeklagten ihre Beteuerungen und Versicherungen mit Abramowitsch barfies zu schildern mußten, konnte Abramowitsch den hundertprozentigen Beweis führen, daß er seit 1921 überhaupt nicht und am allerwenigsten im fröhlichen Sommer 1928 in Russland gewesen ist. Die Angeklagten führten förmliche Zaubersprüche aus, als ihnen dieses kategorische Dementi vorgehalten wurde. Sie blieben dabei und fügten immer neue „Bestandteile“ über Beteuerungen mit anderen menschenwidrigen Führern, mit Dan und mit Garin, hinzu. Man schreie vor seiner noch so blühenden Erzählung zurück, z. B. daß Silberding mit 480 000 Mark die Schädlingswirtschaft finanziert und daß der Moskauer Kongreß der Internationale die militärische Intervention fremder Mächte vorbereitet hätte (während die Resolutionen von Moskau sich mit fast übertriebener Wärme für die politische Anerkennung der Moskauer Regierung und für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland einsetzten).

Aber es ist unmöglich, hier die hundert greifbaren und plumpen Lügen zu widerlegen, die dort sowohl vom Ankläger wie von den sogenannten Angeklagten vorgetragen wurden. Mögen die von der zivilisierten Welt abgeschlossenen Massen von Arbeitern und Bauern der Sowjetunion fest daran glauben, daß die Sozialistische Internationale „interventionistisch“ sei und die Saboteure des Fünftjahresplanes Stalins finanziere, außerhalb Sowjetrußlands hat diese Groteske nur Schongelächter und Verachtung.

Seid umschlungen, Millionen!



„Unsere Beziehungen zu Italien sind sehr herzlich. Durch den Besuch der Industriellen-Delegation in Moskau haben sich auch unsere Beziehungen zu Deutschland sehr verbessert.“

Mitteilungen aus dem V. d. V.